

Ein Konferenzbericht der Anglo-German  
Foundation/Deutsch Britischen Stiftung

# **Modernisierung im britischen und deutschen Gesundheitswesen – was können wir voneinander lernen?**

Berlin

*9. Oktober 2003*

## **Zusammenfassung**

Seit mehreren Jahren diskutieren Großbritannien und Deutschland über die Defizite ihrer Gesundheitssysteme. Es scheint, als stünden beide Systeme unter einem permanenten Zwang zur Modernisierung, weil der medizinisch-technische Fortschritt, politische, wirtschaftliche und demographische Veränderungen sowie sich wandelnde Ansprüche der Patienten ihren Einfluss unmissverständlich gelten machen.

Deutschland und Großbritannien gehen bei der Modernisierung von zwei unterschiedlichen Ausgangspunkten aus. Während das deutsche Gesundheitswesen mit einem Anteil von 10,7 % des Bruttoinlandsproduktes das dritt teuerste der Welt ist, gibt Großbritannien nur 7,6 % für sein Gesundheitssystem aus.

Dieser Unterschied hat Konsequenzen: Deutschland bemüht sich seit Jahren um Kostenbegrenzungen im Gesundheitswesen, Großbritannien beschreitet den Weg der Expansion, um die Qualitätsstandards zu halten und zu verbessern. Im Zeitraum von 1997 bis 2007/8 sollen die Gesundheitsausgaben Großbritanniens von 6,7 % auf 9,4 % des Bruttoinlandsproduktes steigen. Anders ausgedrückt: In den nächsten Jahren sollen die Gesundheitsausgaben jährlich um real 7,4 % wachsen.

Weitere wesentliche Unterschiede in den nationalen Gesundheitssystemen:

- Das deutsche Gesundheitssystem ist beitragsfinanziert und beruht auf dem Prinzip der Selbstverwaltung. Der Staat tritt vornehmlich als Gesetzgeber in Aktion. Er gibt einen Rahmen vor, der von den beteiligten Einrichtungen und Organisationen eigenverantwortlich gefüllt wird.

- Das britische Gesundheitssystem ist steuerfinanziert und beruht auf einer zentralen Stellung des Staates. Er vergibt die Gelder an die Leistungserbringer, kümmert sich um Investitionen und setzt Prioritäten für zukünftige Entwicklungen.

Wie die beiden Länder mit den unterschiedlichen Herausforderungen umgehen und welche gesundheitspolitischen Alternativen und Zukunftsstrategien sie entwickelt haben, war das Thema der Konferenz „Modernisierung im britischen und deutschen Gesundheitswesen – was können wir voneinander lernen?“. Die Veranstaltung der Anglo-German Foundation/Deutsch-Britische Stiftung fand im Oktober 2003 in Berlin in Zusammenarbeit mit der britischen Botschaft Berlin und dem Lehrstuhl für Management im Gesundheitswesen/TU Berlin unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Gesundheit und soziale Sicherung statt. Die Moderation der Veranstaltung übernahm Professor Reinhard Busse, Leiter des Lehrstuhls für Management im Gesundheitswesen/TU Berlin.

Drei britische und drei deutsche Redner berichten aus ihrer nationalen Perspektive mit jeweils unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten über die Anstrengungen zur Modernisierung des Gesundheitswesens und versuchten Möglichkeiten gegenseitigen Lernens auszuloten.

Der Gesundheitsberater des britischen Premierministers, Simon Stevens, stellte in seinem Vortrag die Reformanstrengungen auf den verschiedenen Ebenen vor und analysierte die neue Rolle des Staates, die zu einer Dezentralisierung von Entscheidungen und zu einer Steigerung der Transparenz führe, sowie die veränderten Bedingungen für die Mitarbeiter im Gesundheitswesen und für die Patienten.

Richard Douglas informierte über das neue Honorierungssystem payment by results, das die Honorare von Ärzten stärker an den erbrachten medizinischen Leistungen orientiert. Der Finanzdirektor im britischen Gesundheitsministerium betonte in seinem Vortrag die Ähnlichkeit mit dem deutschen System der Fallpauschalen.

Mit der Frage, ob das britische Qualitätssicherungsinstitut NICE zum europaweiten Export geeignet sei, beschäftigte sich dessen Leiter, Professor Sir Michael Rawlins. Er beurteilte in seinem in seinem Vortrag die Exportfähigkeit skeptisch, weil der Gesundheitsbereich in der Kompetenz der einzelnen EU-Länder liege und es keine EU-Verantwortlichkeit auf ministerieller Ebene gebe. Allerdings seien die wichtigsten Aktivitäten von NICE, Evaluationen zur Qualitätssicherung und die Erarbeitung von medizinischen Richtlinien, ein durchaus interessantes Thema für die anderen EU-Staaten.

Die deutschen und britischen Experten waren sich darin einig, dass es trotz der strukturellen Unterschiede in den Gesundheitssystemen beider Länder wesentliche inhaltliche Übereinstimmungen in den Reformbestrebungen gebe. Gemeinsame Ziele seien zu konstatieren hinsichtlich

- einer Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Kosteneffizienz sowie
- einer Erhöhung der Qualitätsstandards.

Die Wege dorthin müssten jedoch aufgrund der unterschiedlichen Strukturen ihre nationale Ausprägung finden.

Die deutschen Konferenzteilnehmer, Dr. Ulrich Orłowski vom Bundesministeriums für Gesundheit, Dr. Bernhard Gibis von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) sowie Dr. Bernhard Egger vom Bundesverband der Allgemeinen Ortskrankenkassen, machten in ihren Beiträgen deutlich, dass die deutschen Reformanstrengungen immer unter den Bedingungen der Selbstverwaltung stattfinden müssten. Dies sei kein grundsätzlicher Nachteil, führe aber zu Lösungen, die die Besonderheiten des deutschen Gesundheitswesens berücksichtigten.

Eine 1:1-Übertragung britischer Lösungen sei deshalb kaum vorstellbar, so die deutschen Experten. Doch auch sie betonten die Chancen gegenseitigen Lernens. So sei das deutsche Qualitätssicherungsinstitut, das 2004 in der Verantwortung des neuen Gemeinsamen Bundesausschusses seine Arbeit aufnehmen werde, trotz unterschiedlicher Organisationsstrukturen mit den gleichen inhaltlichen Aufgaben und Fragestellungen konfrontiert wie NICE.

*Weitere Informationen im ausführlichen Konferenzbericht und bei:*

Anglo-German Foundation/Deutsch-Britische Stiftung  
34 Belgrave Square  
London SW1X 8DZ, UK  
Tel +44 (0)20 7823 1123  
Fax +44 (0)20 7823 2324  
Email [info@agf.org.uk](mailto:info@agf.org.uk)  
Website: [www.agf.org.uk](http://www.agf.org.uk)

**Anmerkungen:**

Anglo-German Foundation/Deutsch-Britische Stiftung: Seit dreißig Jahren trägt die Stiftung zu Entscheidungsfindungen bei, indem sie bi-nationale Forschung und Diskussionen unterstützt sowie deren Ergebnisse Verantwortungsträgern in Wirtschaft, Politik und Verwaltung zugänglich macht. Themen dabei sind wirtschaftliche und soziale Herausforderungen, die beiden Ländern gemeinsam sind.

Der Bericht kann außerdem unentgeltlich von unserer Website unter [www.agf.org.uk](http://www.agf.org.uk) heruntergeladen oder auch online in gebundener Form bestellt werden.